

# Berliner Gerichts-Zeitung

Tageszeitung für  
Handel, Industrie,

Politik, Rechtspflege,  
Kunst, Litteratur etc.



Das Gesetz unsre Waffe, Gerechtigkeit unser Ziel.

Erscheint  
täglich früh, mit Ausnahme der Tage  
nach den Sonn- und Festtagen.  
Preis für Berlin frei ins Haus  
monatlich 1 Mk.  
auswärts bei den Postanstalten viertelj. 3 Mk.  
Postzeitungsliste: Nr. 1005.  
Einzeln Nummern in Berlin 5 Pfg.  
Nicht bestellte Manuscripte werden nicht  
zurückgeschickt.

Inserate:  
pro Petit-Zeile 40 Pfg. Stellen-Gesuche und  
Angebote pro Zeile 20 Pfg.  
Redaktion und Expedition:  
Zimmerstraße 34.  
Telephon: Amt 1a, Nr. 5120.  
Ansendungen für die Redaktion und den  
Verlag der „Berl. Ger.-Ztg.“ sind nach  
Zimmerstraße 34 zu adressieren.

Nr. 59.

Berlin, Freitag, den 11. März 1898.

46. Jahrgang.

## Der Rückgang des Handwerks.

Die zünftlerische Bewegung geht von der Behauptung aus, daß der Wohlstand des Handwerks gegen frühere goldene Zeiten zurückgegangen sei. An der Spitze dieser zünftlerischen Bewegung stehen einige Großmeister, die wenigstens fünfzig Gesellen beschäftigen; im Reichstag selbst haben Tischler, Schlosser, Weber, Tischlermeister, die sich ihrer drauhen stehenden Handwerksgenossen in der wärmsten Weise annehmen und nicht zu verhehlen vermöchten, daß sie sich selbst in den erlaublichsten Vermögensverhältnissen befinden.

Nun, diese ganze Erzählung von dem früheren Wohlstande des Handwerks ist eine Legende, die nicht sich hält für diejenigen, der wirtschaftsgeschichtliche Studien gemacht hat. Der wohlhabende Handwerker, der auch nur zwölf Gesellen beschäftigt und sich dabei in einem Zustande der Bildung und des Wohlstandes befindet, der ihn befähigt, mit Kaufleuten, Ärzten, Beamten gesellschaftlichen Umgang zu pflegen, ist nirgends zu finden.

Es gab Arbeiter, die nebenher ein Handwerk betrieben und sich dabei desjenigen Wohlstandes erfreuten, der ihnen ihr Bestehen verlieh. Dagegen gab es Handwerker, die sich eines nemenswerten beweglichen Kapitals erfreuten, an keinem Orte. Die Mehrzahl betrieb ihr Handwerk allein; wer zwei Gesellen und einen Lehrling hatte, ragte unter seinen Zunftgenossen schon hervor. Die soziale Stellung des Handwerkers war vor hundert und zweihundert Jahren gedrillter als gegenwärtig.

Aber das Sprichwort sagte doch damals, daß das Handwerk einen goldenen Boden habe? Das Sprichwort hat recht gehabt und stellt nur den Anspruch, daß man es recht verstehe. Der Handwerker erhob sich damals über diejenige Klasse, aus welcher er hervorgegangen war, und die sich in noch elenderer Lage befand als er selbst. Die meisten Handwerker gingen hervor aus der Klasse, die weder durch Besitz noch Bildung hervorrang, und der sich eine bessere Lage schaffen konnte, wenn er eine handwerksmäßige Thätigkeit in andauernder Arbeit erlernte. Dem Hülfsjungen, den sein Schicksal dazu ersehen hatte, ein Schärer zu werden, und der sich durch Fleiß, Regabung und Handgeschicklichkeit auszeichnete, konnte man sagen, daß er sich einen goldenen Boden schaffen werde, wenn er nicht ein Schärer, sondern ein Tischler würde. Er nahm dann eine höhere Stellung ein als sein Bruder, aber hinter dem Kaufmann blieb er weit zurück.

Auch noch unter einem anderen Gesichtspunkte ist die Legende vom Niedergange des Handwerks unklar. Die Fabrikthätigkeit hat allerdings dem Handwerk große Gebiete, welche früher dieses beherrschte, abgegraben. Das ist richtig, und dieser Prozeß wehrt sich mit Naturnotwendigkeit immer weiter und weiter fortsetzen. Aber es ist nur die eine Seite der Sache. Es entstehen, wie das „D. Fr. W.“ bei Erörterung dieser Frage mit Recht bemerkt, täglich neue Bedarfsartikel, welche zum großen Teil von der Fabrikindustrie nicht sofort hergestellt werden können, und deren sich alsbald das Handwerk bemächtigt. Dem Handwerk werden einzelne Gebiete abgegraben, andere wachsen ihm neu zu. Die Anzahl der Handwerker wächst viel schneller als die Bevölkerung; das Vermögen des Handwerkerstandes wächst mindestens ebenso schnell wie das Volkvermögen. Der reichste Handwerker von heute ist viel reicher als der reichste Handwerker vor 150 Jahren, und auch der ärmste Handwerker, sofern er als ein ordentlicher Mensch lebt, ist in einer besseren Lage als sein Berufsgenosse in der Vorzeit. Die Legende vom Niedergange des Handwerks verdankt ihre Entstehung der Unwissenheit und der Verhegung.

## Zur Lage in Ostasien.

Die „Times“ erfahren aus Peking vom 9. d. Mts.: Dagegen die „Fr.“, welche China zur Verantwortung der russischen Forderungen gestellt war, verspricht, hat der russische Gesandte, wie er erklärt, keine weiteren Schritte gethan, weil das Sünghai-Namen ihn benachrichtigt habe, daß der chinesische Gesandte in Petersburg, Hsi-Ching-Cheng, angewiesen sei, als besonderer Vorkauser in Petersburg dahin zu wirken, daß die russischen Forderungen zurückgezogen werden. Die chinesische Regierung bestreite, daß die russischen Forderungen in der Form eines Ultimatus gestellt seien. — In einem Zeitungsartikel der „Times“ heißt es, niemals seit dem Krimkrieg, selbst nicht zu der Zeit, als im Jahre 1896 das schießende Geschwader gebildet wurde, sei das englische Volk weniger gewillt gewesen, von irgendeiner Seite

ausgehende Verletzungen seiner guten Rechte ruhig zu dulden; wenn es Pflicht des englischen Volkes werden sollte, seine Rechte zu verteidigen, so werde es sich nicht davon abhalten lassen.

Wie der „Daily Mail“ aus Shanghai vom 9. d. M. gemeldet wird, hat der japanische Gesandte in Peking im Sünghai-Namen in einer Unterredung den Rat erteilt, die auf Port Arthur und Tientsin bezüglichen Forderungen Russlands abzulehnen, und droht, Japan werde, wenn die russischen Forderungen bewilligt werden sollten, sich zu energischem Vorgehen veranlassen lassen.

Dereichen aus Söul melden, der russische Gesandte habe sich beim Könige über die unfreundliche Haltung beschwert, die von den in amtlichen Stellen befindlichen Koreanern gegenüber dem russischen Botschafter Alexejew und den russischen Militär-Instrukteuren beobachtet werde, und innerhalb 24 Stunden dessen Antwort darüber verlangt, ob er die Dienste derselben zu behalten wünsche. Der König habe sich darauf an den englischen und amerikanischen Gesandten um Rat gewandt.

Vorstehenden Mitteilungen ist noch eine Petersburger Meldung anzuschließen, wonach der Zar angeordnet hat, 50 Millionen Rubel aus dem Staatschatz zur Verstärkung der russischen Flotte zu verwenden. (Vgl. „Ausland“ im Politischen Tagesbericht.)

## Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich. Die „Nöln. Ztg.“ sagt zu dem Rufe zur Sammlung unter Hinweis auf die Worte des Herrn v. Bloch auf der letzten Versammlung des Bundes der Landwirte, als er erklärte: „Wir sind in keinem Punkte zurückgewichen und werden es auch nicht thun“, man könnte der Industrie unmöglich zumuten, daß sie auf dieser Grundlage die Politik der Sammlung mitmache. Diese Politik sei nur unter Abstoßung der Extreme von rechts und links durchführbar. Auf der rechten Seite müßten jene Leute kaltgestellt werden, die für Doppelwährung, Antrag Rantig, Verstaatlichung der Reichsbank schwärmten und gegen Freizügigkeit, Kanäle und Ausfuhr-Industrie eiferten. Bei den nächsten Wahlen stehe für die Industrie und den Handel zu viel auf dem Spiele, als daß sie sich durch unbestimmte Redensarten verleiten lassen dürfte, einen von den Wählern beherrschten Reichstag schaffen zu helfen. — Welchen Eindruck übrigens die Aktion des „wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge“ in manchen politischen Kreisen Süddeutschlands gemacht hat, zeigen die nachstehenden Aufstellungen des „Badischen Landesboten“: „Konstituiert sich der Wirtschaftsausschuß in der That als eine politische Körperschaft, die sich an die Spitze der agrarisch-schwarzblauerischen Agitation stellt, so muß man von der Reichsregierung verlangen, daß sie den Ausschluß auf löst, denn er hat sich in diesem Falle des Vertrauens nicht würdig gezeigt, und man könnte von ihm eine objektive, unbefangene, rein sachliche Vertretung der allgemeinen Interessen nicht mehr erwarten. Es wird alsdann Pflicht der noch nicht dem Zollsyndikate verfallenen Abgeordneten sein, von der Reichsregierung mit aller Energie zu verlangen, daß sie diesen Ausschluß ohne Verzug nach Hause schickt.“

Der Bundesrat ist gestern Nachmittag 2 Uhr im Reichstagsgebäude zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Antrag von Schaumburg-Lippe, betreffend die Thronfolge im Fürstentum Lippe, die Anträge der IV. und VI. Ausschüsse, betreffend die Ausführung des Gesetzes über das Auswanderungswesen, zum Entwurf zu Vorarbeiten über Auswandererschiffe, von Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmen und Agenten, mündliche Berichte derselben Ausschüsse über den Gesetzentwurf, betreffend die elektrischen Maschinen, die Entwürfe von Musterstatuten für freie Innungen und Zwangsinnungen sowie des Ministers für einen Innungsbeschuß über die Regelung des Lehrlingswesens, einer Verordnung wegen teilweiser Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konfervenfabriken, Berichte des VI. und X. Ausschusses über die Resolution des Reichstages, betreffend die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes.

Die von der „Freimüthigen Zeitung“ verbreitete Nachricht, daß die Termine der Neuwahlen zum Reichstage und Abgeordnetenhaus auf die Zeit vom 15. Juni bis 1. Juli und Ende Oktober festgesetzt seien, trifft nicht zu. Ueber den Zeitpunkt für die Vornahme der Neuwahlen ist der „Post“ zufolge ein Be-

schluß überhaupt noch nicht gefaßt worden. Ehenjovonig trifft die Behauptung der „Frei. Ztg.“ zu, daß zur Vornahme der Wahlen zum Reichstage vor dem 15. Juni eine Auflösung des Reichstages notwendig sei.

Die Vorarbeiten zu einem Reichsveränderungs-Gesetze sind, wie die „Ztg.“ für Versicherungsweien“ berichtet, zur Zeit so weit fortgeschritten, daß das Protokoll über die im Januar unter Hinzuziehung Sachverständiger stattgehabten Beratungen über das Reichsversicherungs-Gesetz fertiggestellt ist und sich bereits in den Händen der Teilnehmer an diesen Beratungen befindet dürfte. In der Hand dieses Protokolls soll der Entwurf des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen ausgearbeitet und die Arbeit so beschleunigt werden, daß dieselbe nach vorausgegangener Prüfung durch eine, wenn möglich schon im April tagende Redaktions-Kommission, welcher gleichfalls Versicherungs-Direktoren angehören werden, bereits im Sommer an den Bundesrat gelangen kann.

Von angeblich gut informierter Seite geht dem „Vorwärts“ die Nachricht zu, daß die deutschen Bundesregierungen sich über folgenden Grundgedanken geeinigt haben: „Die Bundesregierungen verpflichten sich gegeneinander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufs durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen.“

Regierungsdirektor Adolf Böcking ist wenige Tage nach seiner Ankunft in Togo, wo er das Amt eines Ranzlers und Stellvertreters des Landeshauptmanns übernehmen sollte, zu Lome am Fieber gestorben. Böcking war im Jahre 1867 zu Trarbach a. d. Mosel geboren und trat nach Abschließung des höheren Verwaltungs-Camens in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ein.

Preußen. Der im Abgeordnetenhaus eingegangene Nachtrag zu dem Staatsvertrage zwischen Preußen und den thüringischen Staaten über die Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte zu Gera und Meiningen bestimmt, daß bei dem Landgericht in Meiningen fortan nur noch für dessen eigenen Bezirk ein Schwurgericht zusammenzutreten soll. Aus den Landgerichten Eisenach und Gotha soll ein neuer, vierter Schwurgerichtsbezirk gebildet werden. Den Sitz des Schwurgerichts in diesem neuen Bezirke sollen die daran beteiligten beiden Landesjustizverwaltungen bestimmen. Auf diesem Wege wird die Möglichkeit offen gehalten, ebenso wie in dem 1889 abgetretenen Weimar-Rudolstädter Bezirke, in gewissen Zeiträumen einen Wechsel zwischen den beiden Landgerichten und damit eine Ausgleichung der aus den schwurgerichtlichen Verhandlungen erwachsenden Geschäftslast eintreten zu lassen.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht den Tarif, nach welchem die Abgaben für das Befahren des Dortmund-Ems-Kanals, einschließlich der kanalisiertem Ems bis zur Schleuse Herbern und des Seitenkanals Olsberg-Enden, zu entrichten sind.

Braunschweig. Dem Landtag ging eine Vorlage zu, betreffend die Kündigung der 4 proz. Landesanleihe bezw. ihre Konvertierung auf 3 1/2 Prozent.

Nachhalt. Der anhaltische Landtag hat das Vereinsgesetz einstimmig ohne Modifikationen angenommen.

Wanern. In der Kommission des hannoverschen Landtages ist das von der Regierung vorgelegte Vereinsgesetz mit geringen Änderungen, denen Minister Freiherr von Feilitzsch zustimmte, einstimmig angenommen worden.

Die Kammer der Abgeordneten begann am 10. d. Mts. die Beratung des Etats der Post und Telegraphie. Im Laufe der Generaldebatte bemerkte auf mehrere Anfragen verchiedener Abgeordneter der Minister Fehr. von Crailsheim, die Frage der Privatposten könne nur reichsgesetzlich geregelt werden. Wir sind für Ausdehnung des Regals im Bundesrat eingetreten. Der Staat muß die unfruchtlichen Auslagen tragen, man soll ihm daher auch die Untertanen, so weit es geht, zukommen lassen.“ Im weiteren